

Auszug aus der Niederschrift über die 05. Sitzung der Bürgerschaft am 04.05.2023

Zu TOP: 7.5

Kosteneinsparung durch Digitalisierung

Einreicher: Ralf Klingschat, CDU/FDP-Fraktion

Vorlage: kAF 0041/2023

Anfrage:

Digitalisierte Prozesse in der Verwaltung schaffen u.a. Bürgernähe, Arbeitserleichterungen, Bürokratieabbau und bewirken Freisetzung von Kapazitäten.

1. Was sind in dieser Hinsicht die Kernziele der Verwaltung?
2. In welchen Bereichen der Verwaltung und wenn ja, wie viele Stellen sind durch den Einsatz digitalisierter Prozesse bereits freigesetzt worden?
3. Wie und in welchem Umfang kann in den nächsten Jahren dem stetig anwachsenden Stellenanstieg entgegengewirkt und dadurch zumindest schnell eine Stabilisierung und darüber hinaus eine Reduzierung der Personalkosten erreicht werden?

Herr Tanschus antwortet wie folgt:

zu 1.:

Kernziele der Verwaltungen für die Verwaltungsmodernisierung ist es, dem Bürger Service aus einer Hand zu bieten, die Wege zur Verwaltung und in der Verwaltung zu verkürzen, seine Anliegen schneller zu erledigen und den Zugang zur Verwaltung zu vereinfachen.

zu 2.:

Aufgrund der Digitalisierung von Prozessen wurden bisher noch keine konkreten, vollständigen Stellen freigesetzt. Die Maßnahmen der Verwaltungsdigitalisierung wurden genutzt, um den Stralsunderinnen und Stralsundern einen besseren Service anbieten zu können. Die bisherigen Antragswege wurden aber nicht beschnitten, so dass ein mögliches Effizienzpotential nicht vollständig genutzt werden konnte.

Im Bereich Verwaltung und Bürger wird dies sicherlich noch einige Zeit so bleiben müssen. Im Bereich Verwaltung und Wirtschaft gibt es bereits jetzt ein größeres Potential, Prozesse vollständig zu digitalisieren und so Einsparungen auf beiden Seiten zu realisieren.

zu 3.:

Um die Frage zu beantworten, sollte ein kurzer Blick auf die Ursachen der zurückliegenden Stellenzuwächse geworfen werden. Es ist feststellbar, dass es auf der einen Seite gestiegene Ansprüche in der Bevölkerung gibt und auf der anderen Seite regelmäßig zusätzliche Aufgaben durch Bund und Land auf die Städte übertragen werden. Als Beispiele für größere Personalzuwächse seien die Übernahme der Straßenreinigung, der Selbstreinigung einzelner Gebäude und die zusätzlichen Aufgabenübertragungen durch Bund und Land im Bereich Wohngeld in diesem Jahr genannt. Weitere Ideen werden im Bund gerade diskutiert, wie die Änderung des Namenrechts, was bundesweit zu erheblichen Belastungen aller über 4.000 Standesämter führen wird. Derzeit kalkuliert der Bund mit 32,4 Mio. € zusätzlichem Aufwand in den Kommunen für nachträgliche Namensänderungen. Aber es gibt auch sehr positive Aussichten. Das Stichwort lautet etwas sperrig: Registermodernisierung.

Die Registermodernisierung ist ein aufwendiges Projekt, in dem Bund und Länder die technische, strukturelle und rechtliche Weiterentwicklung aller deutschen Register koordinieren. Ziel ist eine smarte und effiziente Verwaltung für alle Bürgerinnen und Bürger. Es gibt in Deutschland an verschiedensten Stellen Register. Standesämter führen zum Beispiel Personenstandsregister, in denen Geburten und Sterbefälle, Eheschließungen und Lebenspartnerschaften eingetragen werden. Örtlich zuständige Amtsgerichte führen Handelsregister. Und das Kraftfahrtbundesamt führt ein zentrales Kfz-Register. Derzeit sind diese Datensätze nicht systematisch miteinander vernetzt. Behörden, die Anträge einer Bürgerin oder eines Bürgers bearbeiten, können und dürfen sich aufgrund datenschutzrechtlicher Bestimmungen die notwendigen Informationen und Nachweise nicht einfach aus den Registern anderer Behörden herausuchen. Stattdessen müssen sie diese oft bei Bürgerinnen und Bürgern erneut erheben, obwohl die entsprechenden Dokumente schon mehrfach an anderer Stelle vorliegen.

Die Registermodernisierung hat ein erhebliches Potential, Leistungen für die Bevölkerung und für die Unternehmen besser anbieten zu können. Sie bietet die Chance für automatisierte Prozesse und somit auch eine hohe Chance auf Effizienzeffekte. Damit ein automatisierter Datenaustausch zwischen verschiedenen Behörden funktionieren kann, müssen alle Daten digital vorliegen. Hier liegt vor allen Verwaltungen noch ein tüchtiges Stück Arbeit. Herr Tanschus ist aber zuversichtlich, dass die konsequente Modernisierung der Verwaltung in der Hansestadt auch Effizienzgewinne schafft und so einen Beitrag leisten kann, dem beginnenden Fachkräftemangel zu begegnen.

Herr Klingschat dankt für die ausführliche Beantwortung der Anfrage.

Auf die beantragte Aussprache wird verzichtet.

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 19.05.2023